RS Vwgh 1989/3/15 89/01/0041

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 15.03.1989

Index

40/01 Verwaltungsverfahren

41/02 Passrecht Fremdenrecht

Norm

AVG §37;

AVG §39 Abs2;

PaßG 1969 §25 Abs3 lite;

Rechtssatz

Nach der Officialmaxime obliegt es der Behörde, durch Ermittlungen nachzuweisen, dass der Betrag, den der Sichtvermerkswerber als Nachweis seiner Unterhaltsmittel angibt, dem Sichtvermerkswerber nicht zur Verfügung steht. Die bloße gegenteilige Behauptung der Behörde reicht nicht aus, den Versagungstatbestand anzunehmen. Dabei hat die Behörde auch zu prüfen, welche Kosten dem Sichtvermerkswerber für den Unterhalt und die Verpflegung konkret entstehen, um die Ermessensübung im Rahmen eines nur befristet zu erteilenden Sichtvermerkes einer nachprüfenden Kontrolle durch den VwGH unterziehen zu können.

Schlagworte

Sachverhalt Sachverhaltsfeststellung

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:1989:1989010041.X01

Im RIS seit

24.10.2006

Quelle: Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>

© 2025 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at